FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 18.04.1997

B-14-54/III-96 EA

In dem Schiedsgerichtsverfahren

F.D.P.-Ortsverband W, vertreten durch den Vorstand,
dieser vertreten durch die Vorsitzende H aus B

- Antragsteller und Beschwerdegegner -

g e g e n

den F.D.P.-Landesverband B, vertreten durch den Vorstand,
dieser vertreten durch den Vorsitzenden M aus B

- Antragsgegner und Beschwerdeführer -

wegen Aufnahme von Neumitgliedern in die F.D.P.

hat das Bundesschiedsgericht der Freien Demokratischen Partei unter dem Vorsitz des
Präsidenten

Dr. Hans Fuhrmann

und unter Mitwirkung der Beisitzer

Dr. Kurt Wöhler

Herrmann Bach

Dr. Peter Lindemann

Michael Reichelt

in der mündlichen Verhandlung am 18. April 1997 beschlossen:

1. Auf die Beschwerde des Beschwerdeführers wird der Beschluß des Landesschiedsgerichts B vom 16.11.1996 aufgehoben.
2. Der Antrag des Beschwerdegegners auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung wird zurückgewiesen.
3. Kosten werden nicht erhoben; außergerichtliche Kosten und Auslagen werden nicht erstattet.

Gründe

I.

Die Parteien streiten in dem Hauptsacheverfahren 53/111-96 vor dem Landesschiedsgericht B über die Verfahrensweise bei der Neuaufnahme von Mitgliedern, die nicht im Bereich des aufnehmenden Ortsverbandes ihren Wohnsitz haben. Insbesondere ist streitig, ob die Ablehnung der Aufnahme durch den Landesvorstand (§ 4 Abs. 1 S. 6 Landessatzung B -LS-) aus dem Grund erfolgen kann, daß die neu aufzunehmenden Mitglieder einer Aufforderung zur Erklärung ihres Wunsches nach der Aufnahme in einen vom Wohnsitz verschiedenen Ortsverband nicht nachgekommen sind. Im Rahmen dieses Verfahrens hat der Beschwerdegegner beantragt, dem Beschwerdeführer im Wege der einstweiligen Anordnung zu untersagen, mit den beitriftswilligen Personen ein Aufnahmegespräch zu führen, dabei deren Wünsche nach Aufnahme in einen bestimmten Ortsverband zu erforschen und die Aufnahme dieser Personen abzulehnen, wenn sie auf das angestrebte Aufnahmegespräch in keiner Weise eingehen. Diesem Antrag hat das Landesschiedsgericht durch seinen Präsidenten mit Beschluß vom 5.11.1996 im wesentlichen stattgegeben und die Veröffentlichung dieser Entscheidung auf der Sitzung des Landesausschusses am 19.11.1996 angeordnet. Gegen diese Entscheidung hat der Beschwerdeführer nach § 25 Abs. 2 SchGO das ganze Schiedsgericht zur Entscheidung angerufen. Mit Beschluß vom 16.11.1996 hat das Schiedsgericht die Entscheidung seines Präsidenten bestätigt und die Veröffentlichung seiner bestätigenden Entscheidung auf der Sitzung des Landesausschusses angeordnet. Ebenso wie die Entscheidung des Präsidenten hält es das vom Beschwerdegegner beanstandete Verfahren des Beschwerdeführers bei der Aufnahme neuer Mitglieder für satzungswidrig und bezieht sich dabei auf seine Ausführungen in seiner Entscheidung in dem gleichliegenden Hauptsacheverfahren 44/111-96. Den Anordnungsgrund sieht es darin, daß ein weiteres satzungswidriges Verhalten des Beschwerdeführers zu besorgen und eine endgültige Klärung der streitigen Rechtsfrage nicht bis zum Ende des Jahres zu erwarten sei.

Gegen diesen Beschluß des Landesschiedsgerichts richtet sich die Beschwerde des Beschwerdeführers. Mit ihr beanstandet er, daß mit der einstweiligen Anordnung die Entscheidung in der Hauptsache vorweggenommen und ihm dadurch die Möglichkeit genommen werde, unter Wahrung der Belange der übrigen beteiligten Gebietsverbände des Landesverbandes eine Klärung der streitigen Rechtsfrage durch das Bundesschiedsgericht zu erlangen. Der Beschwerdegegner könne in der Zwischenzeit weitere gebietsfremde Personen aufnehmen und dadurch unwiderruflich den Mandatsschlüssel zu Lasten anderer Gebietsverbände verändern. Bei der Abwägung der Wünsche der beitriftswilligen Personen habe das Landesschiedsgericht ferner übersehen, daß der Landesvorstand verpflichtet sei,

auf eine ausgewogene personelle Zusammensetzung der Gebietsverbände zu achten, um Schwierigkeiten bei der Durchführung politischer Wahlen zu vermeiden. Nach Auskunft des stellvertretenden Landeswahlleiters könnten die Kandidatenlisten zurückgewiesen werden, wenn ein Gebietsverband nicht in der Regel aus den in seinem Bereich wohnenden oder in anderer Weise mit ihm verbundenen Mitgliedern gebildet werde.

Er beantragt deshalb,

den angefochtenen Beschluß aufzuheben und den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung zurückzuweisen.

Der Beschwerdegegner beantragt

die Beschwerde zurückzuweisen.

Er bezieht sich auf sein bisheriges Vorbringen und tritt unter Hinweis auf die einschlägigen Vorschriften des Landeswahlgesetzes dem Vorbringen des Beschwerdeführers entgegen, er müsse als Landesvorstand darauf achten, daß die Mitglieder der Partei regelmäßig den Ortsverbänden angehörten, in dessen Bereich sie wohnten. Denn das B-er Wahlgesetz verlange nicht, daß die Mitglieder einer Partei in den jeweiligen bezirklichen Gliederungen wohnhaft sein müßten.

Auf Anfrage des Bundesschiedsgerichts hat der Beschwerdeführer mitgeteilt, daß von den im Hauptsacheverfahren 53/111-96 beteiligten beitrittswilligen Personen nur Frau S inzwischen Mitglied der F.D.P. geworden sei. Die übrigen Beitrittswilligen seien nicht Mitglieder geworden, weil er als Landesvorstand von seinem Widerspruchsrecht nach § 4 Abs. 1 S.6 LS Gebrauch gemacht habe und bei dieser Entscheidung geblieben sei, um eine Klärung der streitigen Rechtsfrage durch das Bundesschiedsgericht in dem Hauptsacheverfahren zu erreichen. Weitere elf Beitrittswillige, deren Anträge ihm am 8.11.1996 vorgelegt worden seien, seien mit Wirkung vom 1.11.1996 Mitglieder der Partei geworden. Ferner seien bei ihm vier neue Aufnahmeanträge für den Ortsverband des Beschwerdegegners am 9.12.1996 eingegangen.

Der Beschwerdegegner hat die an ihn gerichteten Aufklärungsfragen in etwa in der gleichen Weise beantwortet, wie der Beschwerdeführer. Er ist jedoch der Auffassung, daß ihm wegen der streitigen Mitgliederzahl zwei zusätzliche Mandate auf dem Landesparteitag zuständen, weil nach überschlägiger Berechnung auf je acht Mitglieder ein Delegierter käme. Im übrigen hat der Beschwerdegegner seinen Verzicht auf eine mündliche Verhandlung widerrufen und hält eine Entscheidung über die Beschwerde nicht mehr für dringlich.

Bei einer informellen Anhörung vor Mitgliedern des Bundesschiedsgerichts haben beide Parteien erklärt, daß unklar ist, in welcher Weise sich die Aufnahme der im Hauptsacheverfahren 53/111-96 beteiligten Beitrittswilligen in der F.D.P. auf den Delegiertenschlüssel des Landesparteitages auswirken würde. Es sei nicht auszuschließen, daß dadurch dem Ortsverband W ein zusätzliches Mandat zustände.

II.

Die Beschwerde gegen die einstweilige Anordnung des Landesschiedsgerichts B vom 16.11.1996 ist nach § 26 SchGO zulässig; sie ist auch begründet.

1. Nach § 25 Abs. 1 SchGO kann eine einstweilige Anordnung durch das Schiedsgericht erlassen werden. Die Schiedsgerichtsordnung regelt nicht, unter welchen Voraussetzungen der Erlaß der einstweiligen Anordnung zulässig ist. Infolgedessen sind nach § 31 SchGO die in Betracht kommenden Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden. Da es hier um die Regelung eines einstweiligen Zustandes geht, der sich auf ein streitiges Rechtsverhältnis bezieht, kommt § 940 ZPO zur Anwendung. Danach ist ein Anordnungsgrund nur gegeben, wenn die Anordnung zur Abwendung wesentlicher Nachteile oder zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen nötig erscheint. Die vergleichbaren Regelungen der §§ 32 BVerfGG und 123 VwGO lassen ebenfalls eine einstweilige Anordnung nur zu, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund zum gemeinen Wohl dringend geboten ist. Ein einstweiliges Rechtsschutzverfahren ist deshalb nur in dringenden Ausnahmefällen zulässig. Eine einschränkende Auslegung ist erforderlich, um dieses Verfahren nicht zum Regelfall zu machen.

Ein solcher Anordnungsgrund ist hier nicht ersichtlich. Für die Beurteilung dieser Frage ist stets der Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung maßgeblich. Das trifft auch für das Beschwerdegericht zu. Dem Beschwerdegegner drohen zur Zeit keine wesentlichen Nachteile, die unabhängig von der Entscheidung in der Hauptsache eine vorläufige Regelung erforderlich machen. Die Entscheidung in der Hauptsache muß offenbleiben, es sei denn, das Antragsbegehren ist unzulässig oder offensichtlich unbegründet (vgl. BVerfGE 91,328,332 = NJW 1995,247; BVerfG NJW 1997, 45,46). Es ist hier deshalb nicht zu entscheiden, ob der Beschwerdeführer von seinem Ablehnungsrecht gegebenenfalls satzungswidrig Gebrauch gemacht hat. Die einstweilige Anordnung zur Regelung eines einstweiligen Zustandes kann lediglich zukünftige Handlungen des Beschwerdeführers betreffen. Solche Nachteile könnten dem Beschwerdegegner nur entstehen, wenn er dem Landesvorstand weitere Aufnahmeanträge eingereicht, dieser von seinem Ablehnungsrecht Gebrauch gemacht und sich daraufhin der Mandatsschlüssel der Delegiertenzahlen zu Ungunsten seines Ortsverbandes verändert hätte. Wesentliche Nachteile dieser Art hat der Beschwerdegegner weder dargetan noch glaubhaft gemacht. Die am 8.11. eingereichten Aufnahmeanträge der elf Beitrittswilligen hat der Beschwerdeführer anerkannt. Sie konnten daher bei der Berechnung des Mandatsschlüssels herangezogen werden. Die weiteren vier Beitrittswilligen, deren Aufnahmeanträge dem Beschwerdeführer am 9.12.1996 vorgelegt worden sind, waren am 31.12.1996, dem für die Berechnung des Mandatsschlüssels nach § 13 Abs. 2 LS maßgeblichen Stichtag, schwebend unwirksam, weil die Frist des § 4 Abs. 1 S. 6 LS noch nicht abgelaufen war. Sie konnten deshalb bei der Berechnung des Mandatsschlüssels nicht berücksichtigt werden. Von den im Hauptsacheverfahren beteiligten Beitrittswilligen waren nur noch vier Personen zwischen den Parteien streitig. Sie konnten nach dem Vorbringen des Beschwerdeführers den Mandatsschlüssel nicht berühren.

Selbst wenn dem Beschwerdegegner durch die Aufnahme dieser Beitrittswilligen ein weiterer Delegierter für den Landesparteitag zugefallen wäre, würde die Nichtzuteilung diese Mandats nicht zu einem wesentlichen Nachteil führen, der eine einstweilige Regelung notwendig macht. Bei der dabei erforderlichen Abwägung der gegenseitigen Interessen muß auch berücksichtigt werden, daß die Berechnung des Mandatsschlüssels unter Hinzufügung der Beitrittswilligen gegebenenfalls die übrigen Gebietsverbände benachteiligen könnte, deren Interessen der Beschwerdeführer als für den ganzen Landesverband verantwortlicher Landesvorstand ebenfalls zu wahren hat. Unter diesen Umständen ist es dem Beschwerdeführer zuzumuten, eine vorläufig falsche Berechnung des Mandatsschlüssels bis

zur Entscheidung in der Hauptsache hinzunehmen, zumal diese sich auf Entscheidungen des Landesparteitages nur in ganz geringem Umfang auswirken kann.

Der angefochtene Beschluß des Landesschiedsgerichts mußte danach aufgehoben und der Antrag des Beschwerdegegners auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung zurückgewiesen werden.

2. Die Kostenentscheidung folgt aus § 28 Abs. 1 und 3 SchGO.